



Schader Stiftung



Die EU nach der Pandemie – Internationale Lösungen, Solidarität und Reisefreiheit

Im Rahmen der Initiative zur Bürger*innenbeteiligung *Europäische Hausparlamente* ermöglichen Pulse of Europe e.V., die Bundeszentrale für politische Bildung, Democracy International und openPetition europaweit Gespräche über Themen, die großen Einfluss auf das Leben in der Europäischen Union haben. In der vierten Runde mit dem Titel „Die EU nach der Pandemie“ lud die Fellow der Schader Stiftung, PD Dr. Anna-Lisa Müller, zu zwei solcher Hausparlamente ein und erhielt lokale sowie internationale Einblicke in dieses Thema. Den Teilnehmenden wurden drei Hauptfragen und jeweils einige Pro- und Contra-Argumente zum Diskussionsstart zur Verfügung gestellt. Ziel dieser HausParlamente ist es, die Meinungen der Bürger*innen der EU zu dokumentieren und diese Informationen anschließend EU-Politiker*innen zur Entscheidungsfindung zur Verfügung zu stellen.

Für eine breit gefächerte lokale Perspektive lud die Schader-Stiftung Darmstädter Gäste aus den Bereichen Sozialmedizin, Bildung und körpernahe Dienstleistungen ins Haus Schader ein. Das zweite Hausparlament mit internationalem Blickwinkel fand über die Digitale Dependence der Stiftung statt, um auch Stimmen von Personen einzubinden, die sich aktuell in anderen Ländern befinden. Vertreten waren hier unter anderem Stimmen aus dem Vereinigten Königreich und Saudi-Arabien.

Teilnehmende der HausParlamente:

Lokale Sitzung:

Jörg Mattutat (Pulse of Europe Darmstadt),
Silvia Kühnle-Niemeyer (Eleonorenschule Darmstadt),
Elke Hoinkis (Friseur und Kosmetik Innung Darmstadt und Land) und
Prof. Dr. Volker Beck (Hochschule Darmstadt)

Internationale Sitzung:

Dr. Jana Freihöfer, Technische Universität Darmstadt | Dezernat Internationales
Dr. Anna Krauß, Rat der Lutherischen Kirchen im Vereinigten Königreich
Prof. Dr. Christine Landfried, Villa Aurora / Thomas Mann House
Prof. Dr. Uwe Langbein, Pulse of Europe Darmstadt
Christian Thiel, LSE Enterprise

Eine globalisierte Welt braucht gemeinsame Lösungen

Die erste Frage der Hausparlamente bezog sich auf die Produktion von medizinischen Produkten. Sollten diese komplett in der EU produziert werden, um die Versorgung sicherzustellen? Die Teilnehmenden des lokalen, sowie die des internationalen Hausparlaments waren sich einig, dass eine globalisierte Welt eine Pandemie nur gemeinsam lösen kann.

Vor Allem gab es Kritik an der Realisierbarkeit und Wirtschaftlichkeit einer komplett autarken Produktion von medizinischen Produkten. Da der Bedarf an diesen Produkten durch die Pandemie plötzlich rasant anstieg, wurde die Frage aufgeworfen ob solche hypothetischen Produktionskapazitäten überhaupt ausreichend gewesen wären um den Bedarf zu decken. Zum anderen gab es die Anmerkung, dass selbst wenn die EU die Produktion selbst übernehmen würde, sie immer noch von der Lieferung von Rohstoffen aus anderen Teilen der Welt abhängig wäre, und dass dieser Weg das Defizit innerhalb der Produktionskette lediglich verschieben würde. Auch die Frage bezüglich der Produktionskosten innerhalb der EU im Vergleich zu derer außerhalb der EU angesprochen.

„Europe first“? – Aber wer ist „Europe“?

Die nächste Frage, über die die Teilnehmer*innen diskutierten, bezog sich auf den Export von medizinischen Produkten. Sollte dieser erst erlaubt werden, wenn europäische Bürger*innen versorgt sind? Hier gab es unterschiedliche Standpunkte und Perspektiven, jedoch gab es kein eindeutiges ‚Ja‘.

Die Teilnehmenden legten ein besonderes Augenmerk auf Grundsatzfragen: Was heißt „versorgt“? Wann wäre diese Versorgung erreicht und wer entscheidet dies? Wer sind „europäische Bürger*innen“? Sind auch die gemeint, die sich außerhalb der EU aufhalten? Was ist mit den Menschen innerhalb der EU, die keine EU-Bürger*innen sind? Die Teilnehmer*innen forderten hier klare gemeinsame Regeln, die am idealerweise *vor* der nächsten Pandemie geklärt werden sollten. Also *globale* Lösungen, die die Möglichkeit bieten auf *regionale* Infektions-Hotspots zu reagieren und dementsprechend Flexibilität liefern.

Auch die Kolonialgeschichte der Medizin war Thema der Diskussion. Viele der vergangenen und aktuellen wissenschaftlichen Errungenschaften wurden durch Ausbeutung des globalen Südens finanziert. Finanzierung, die in anderen Teilen der Welt über Jahrhunderte fehlte, und somit intergenerationale Ungleichheiten in der Forschung und den Produktionskapazitäten von medizinischen Produkten in Ländern der Dritten Welt verursacht.

Piecks in die Freiheit? – Die Gefahr der *gläsernen Patient*in* und die Test-Frage

Die letzte thematische Frage bezog sich auf die Aufhebung der Reisebeschränkungen für Geimpfte und Genesene. Sollten diese die Möglichkeit haben, unbeschränkt in der EU zu reisen? Die Diskussion kreiste hier um Fragen des Datenschutzes, der Diskriminierung von Menschen, die (noch) keine Impfmöglichkeit haben und der Frage, ob ein negativer Test in diesem Szenario die gleichen Freiheiten gewährt.

Bezüglich des Datenschutz Aspekts gab es gemischte Meinungen. Auf der einen Seite sorgte man sich um die Privatsphäre, da man bei solch einer Regelung gezwungen werde, persönliche gesundheitliche Daten anzugeben. Man müsse offenlegen, ob man eine Impfung hat, oder eine Infektion überstanden hat, die nicht selten einen schweren Verlauf haben kann. Auf der anderen Seite wurde angemerkt, dass es eine Diskrepanz bezüglich der Sorge um die eigenen Daten gibt, wenn man zum Beispiel die Corona-App und Soziale Medien vergleicht. Während der Diskurs um den Datenschutz in der Pandemie seinen Höhepunkt erreicht zu haben scheint, gingen nur wenige Menschen auf Facebook, Twitter und Co. Bedacht mit ihren Daten um. Vorgeschlagen wurde, dass der Eingriff in die Privatsphäre im Verhältnis zu der Schwere der Situation stehen sollte.

Teilnehmende in beiden Hausparlamenten brachten auch das Thema der Diskriminierung auf. Durch Liefer- und Produktionsengpässe und unterschiedliche Priorisierungen sei noch nicht jeder Person

ein Impfangebot gemacht worden, und auch diejenigen, die sich aus gesundheitlichen Gründen nicht impfen lassen dürfen, seien durch eine solche Regel benachteiligt. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob ein negativer Test als äquivalent zu einer Impfung oder Immunisierung durch eine überstandene Krankheit ebenfalls in Betracht gezogen werden kann. Bei Gleichbehandlung von Geimpften beziehungsweise Genesenen und negativ Getesteten, gab es in beiden Sitzungen großen Zuspruch für diesen Vorschlag. Beim Ausschluss letzterer, waren die Meinungen durchwachsen.

Was sind „europäische Interessen“?

Im Anschluss sollte die übergeordnete Frage beantwortet werden, ob die EU in künftigen pandemischen Krisen entschiedener europäische Interessen vertreten soll. Auch hier diskutierten die Teilnehmenden über die möglichen Interpretationen dieser Frage. Während die internationale Sitzung anmerkte, dass die EU sich erst einmal auf gemeinsame Interessen einigen müsse, konzentrierte sich die lokale Gruppe hier eher auf die Frage ob „europäische Werte“ gemeint sind, oder etwa ein „Make Europe Great Again“ Ansatz. Trotz Interpretationsschwierigkeiten, entschieden sich die Teilnehmenden eher für eine solidarische, wertbasierte Herangehensweise für die nächste Pandemie, die hoffentlich auf sich warten lässt.